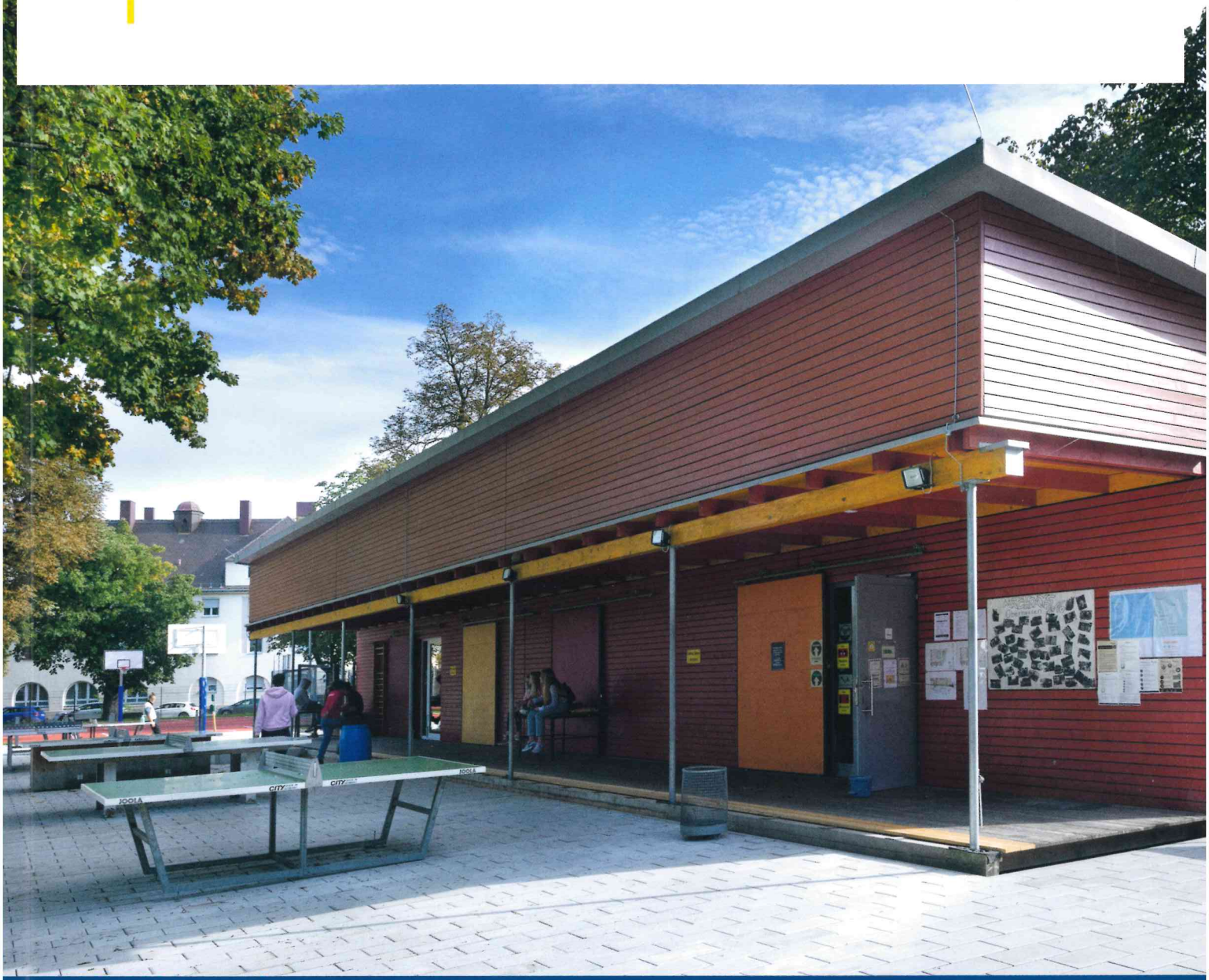
Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

INVESTITIONSPAKT
Soziale
Integration
im Quartier



Investitionspakt Soziale Integration im Quartier

Gute Praxis

2. Uwe Lübking zur Bedeutung sozialer Infrastruktur für die Integration

Uwe Lübking, Beigeordneter Deutscher Städte- und Gemeindebund

■ Ziel des Investitionspaktes ist es, soziale Integration im Quartier zu fördern. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Voraussetzungen, damit Integration im Quartier gelingt?

Die Herausforderungen in den Quartieren nehmen zu. Zur sozialen Integration braucht es eine Förderung vor allem in Bezug auf die Versorgungsinfrastruktur, der kulturellen und Bildungsangebote, zur Verringerung des Unterstützungsbedarfs sowie des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements. Wo derartige Angebote aber nicht mehr ausreichend vorgehalten oder sogar abgebaut werden, fühlen sich nicht wenige Menschen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten. Es gilt, die Bewohnerinnen und Bewohner zu mobilisieren, zu aktivieren und zu beteiligen, beginnend bei der Bedarfsermittlung über die Planung bis hin zur Umsetzung sie betreffender Projekte und Maßnahmen. Denn sie verfügen über detaillierte Kenntnisse zu den Defiziten und Problemen, aber ebenso über die Potenziale im Quartier. Hierbei bedarf es der Begleitung, Vermittlung und Unterstützung durch Kümmerer und Quartiersentwickler.

Außenansicht des Kulturhauses „Kresslesmühle", Augsburg

■ Durch den Investitionspakt wird die soziale Infrastruktur aufgewertet. Welche Bedeutung haben Infrastruktureinrichtungen für die Gemeinwesenarbeit im Quartier aus Sicht der Kommunen?

Infrastruktureinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag, um den sozialen Zusammenhalt und Integrationsprozesse zu fördern. Um die notwendige gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, bedarf es Bürgerhäusern, Stadtteilzentren, Sportstätten oder Kultureinrichtungen. Bibliotheken als Dritte Orte, die zu Bildungstreffs ausgebaut werden, können sich zu lebendigen Treffpunkten in den Quartieren, leer stehende Gebäude zu aktiven Gemeinde- und Bürgerzentren mit Kita, Jugendclub und Familientreff entwickelt werden.

■ Die Einbindung des Investitionspaktes in die integrierte Gebietsentwicklung ist in der programmatischen Ausrichtung gewünscht. Welche Vorteile bieten räumlich fokussierte Förderungen für die Kommunen?

Beim Investitionspakt konnten Einrichtungen in Gebieten, die in Programme der Städtebauförderung von Bund und Land aufgenommen waren, sowie in städtebaulichen Untersuchungsgebieten zur Vorbereitung der Aufnahme in die Städtebauförderung (Gebietskulisse) zur Förderung angemeldet werden. Nur in besonderen Ausnahmefällen waren bzw. sind Abweichungen möglich. Dies ist einerseits ein gewisser Hemmschuh, da die Flexibilität der Kommunen hierdurch etwas eingeschränkt wird. Andererseits bietet der Gebietsbezug die Gewähr, dass

Maßnahmen der sozialen Integration sorgfältig geprüft, in ein städtebauliches Entwicklungskonzept integriert und somit „abgestimmt" auf den Weg gebracht werden. Dies hat sich in der Praxis grundsätzlich bewährt. Wichtig ist, dass hierbei die Hürden der Länder für die entsprechenden Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren nicht zu hoch sind und ein einfaches System angeboten wird. Hieran hapert es aber manchmal.

■ Ganz konkret, welche Vorteile bietet der Investitionspakt für die Kommunen?

Grundsätzlich zielt bzw. zielte die Förderung, die ja im Wesentlichen die Sanierung sozialer Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen im Blick hat, in die richtige Richtung. Der Investitionsbedarf etwa in soziale Einrichtungen oder auch in Sportstätten ist weiterhin riesig. Insoweit hat der Bund z. B. für die Jahre 2021 ff. den „Goldenen Plan" Sportstättenförderung und das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" aufgegriffen. Die Kommunen hatten dem Statusbericht 2020 zufolge auch ein hohes Maß an Flexibilität, um vor Ort entscheiden zu können, welche konkreten Maßnahmen am besten zur Stärkung der Integration beitragen. Positiv war bzw. ist, dass auch nicht-investive Maßnahmen wie investitionsbegleitende Maßnahmen, z. B. Machbarkeitsstudien oder Bürgerbeteiligungen sowie das Integrationsmanagement, förderfähig waren. Dies ist für die Kommunen vor Ort wichtig

Wegweiser auf dem Abenteuerspielplatz Waslala, Berlin-Treptow-Köpenick

und hilfreich. Kümmerern, Quartiersmanagern und Moderatoren von Entwicklungsprozessen kommt eine zentrale Rolle bei der räumlich-strukturellen und der personellen Vernetzung an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung sowie ggfs. der Wirtschaft zu.

Mehr Platz für Abenteuer – Neubau Spielhaus „Waslala“

Treptow-Köpenick, Berlin Das Kosmos-Viertel in Treptow-Köpenick ist geprägt durch städtebauliche Mängel und soziale Problemlagen wie erhöhte Kinderarmut und hohe Arbeitslosigkeit. Mit dem Abenteuerspielplatz (ASP) und Kinderbauernhof „Waslala“ wurde für die Kinder und Jugendlichen der Großwohnsiedlung, der angrenzenden Einfamilienhaussiedlungen sowie der benachbarten Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete ein wichtiger Anlaufpunkt geschaffen.

Stadt:	Berlin
Einwohner/-innen:	3.669.500
Städtebauförderung:	Soziale Stadt
Bundesmittel Investitionspakt:	742.575 Euro
Umsetzungszeitraum:	2017

Herausforderungen

Der bauliche Zustand des Aufenthalts- und Spielhauses wies erhebliche Mängel auf: fehlende Heizung, unzureichender Brandschutz, zu klein und keine angemessenen Sanitäranlagen. Insbesondere im Winter konnten pädagogische Angebote nicht für alle Kinder und Jugendlichen vorgehalten werden.

Einrichtung

Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit des „ASP Waslala“ liegt auf Natur- und Umweltprojekten sowie dem Umgang mit Tieren. Träger ist das Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis e.V. (FiPP e.V.). Die Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren.
Der „ASP Waslala“ bietet ein vielfältiges Angebot zur offenen Freizeitgestaltung: Baufläche, Kreativbereiche, Kinderbauernhof und Garten sowie Beratungen und Vermittlung von weiterführenden Hilfsangeboten.
Ein neues Spielhaus hat eine Ausweitung des Raumangebots geschaffen. So gibt es heute neben Gruppenräumen auch Sanitäranlagen, eine Küche und Abstellräume. Der Neubau ermöglicht ein ganzjähriges Angebot.

> *„Wir sind sehr glücklich, dass wir über mehr Raum verfügen. Das Tolle ist, dass wir unsere Ideen einbringen konnten. Es erleichtert uns die pädagogische Arbeit vor Ort ungemein.“*
> **Annette Hübner, Leitung ASP**

Maßnahmen

Das alte Aufenthalts- und Spielhaus wurde abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Der Neubau entspricht den baulichen Standards und wurde mit modernen Heizungs- und Sanitäranlagen ausgestattet. Zusätzlich wurden im Außenbereich eine Boulderwand errichtet und eine Spielfläche geschaffen. Die Kinder und Jugendlichen wurden in die Konzeption eingebunden.

Außenansicht des neuen Spielhauses

Das neue Spielhaus auf dem „ASP Waslala“ bei Nacht

Ein Zentrum für alle – Barrierefreier Umbau Familienzentrum „Planet Zukunft“

Büdingen, Hessen In Büdingen führte der demografische Wandel zu sinkenden Geburtenzahlen, einer zunehmenden Alterung und zu einer Abwanderung aus der Gemeinde. Die Stadt strebt daher bereits seit 2007 an, sich als „Familienstadt“ zu etablieren. Das innenstadtnahe und am Rande eines Stadtumbaugebietes gelegene Familienzentrum „Planet Zukunft“ ist Teil dieser Entwicklungsstrategie.

Das Familienzentrum Büdingen von außen

Der neue Aufzug im Familienzentrum Büdingen

Herausforderungen

Das Familienzentrum „Planet Zukunft“ nutzte seit 2017 Räume in einer Kindertagesstätte. Die dortigen Räumlichkeiten waren zu klein und nicht barrierefrei erreichbar. Daher blieb das Angebot des Familienzentrums hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Stadt:	Büdingen
Einwohner/-innen:	22.400
Städtebauförderung:	keine
Bundesmittel Investitionspakt:	90.000 Euro
Umsetzungszeitraum:	2017 – 2020

Einrichtung

Schon seit 2008 gibt es das Familienzentrum „Planet Zukunft“ in Büdingen. Angebote des Familienzentrums sind zum Beispiel offene Treffs, Beratungen zu familienspezifischen Themen, Vorträge, Teilzeit-Betreuung für Schulkinder, Eltern-Kind-Gruppen, PC-Kurse für Seniorinnen und Senioren, Sprachkurse für Mütter und Ferienangebote für Kinder.
Mit dem Umbau soll das Familienzentrum ein Ort sein, der für alle Generationen uneingeschränkt erreichbar ist. Das betrifft sowohl die Teilhabe von Menschen mit Handicap als auch ältere Menschen, denen ein freier Zugang geschaffen werden soll, wenn sie am begehrten Computertreff, Spielkreisen und Projektgruppen teilnehmen. Jeder Mensch soll die Möglichkeit erhalten, sich vollständig und gleichberechtigt an allen Angeboten zu beteiligen. Deshalb soll das Familienzentrum nach dem Umbau barrierefreie Zugänge bieten, ob mental oder physisch.

> *„Wir sind glücklich, dass es jetzt losgeht, denn mit den neuen Räumen geht auch eine stetige Erweiterung der Nutzung und Erweiterung unserer Arbeit und unseres Angebotes einher.“*
> **May-Britt Weismantel, Familienzentrum Planet Zukunft**

Maßnahmen

Mit der Kernsanierung und dem Umbau des hinteren Gebäudetraktes erweiterte sich die Fläche des Familienzentrums um knapp 300 m². Die Installation eines behindertengerechten WCs, die Schaffung von Barrierefreiheit sowie der Einbau eines Aufzugs ermöglichen zudem, dass sich seit Sommer 2020 auch Menschen mit Gehbehinderung auf den drei Etagen begegnen können.

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 10557 Berlin
E-Mail: service@bmi.bund.de
Internet: www.bmi.bund.de

Fachliche und wissenschaftliche Begleitung
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 10557 Berlin
Referat SW III 3 | Soziale Stadt; ESF
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn
Referat RS 4 | Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung

Fachliche Bearbeitung
empirica ag, Berlin | Meike Heckenroth, Julia Kemper, Luise Troeder, Teresa Tonndorf

Stand
Mai 2021

Druck
Laserline, Berlin

Gestaltung
Mia Sedding, Indivisual Berlin

Bildnachweis
Titelseite: Bernd Müller; S. 6 BMI; S. 7 Marcel Krummrich; S. 10 oben Bernhardt Link, unten empirica; S. 11 empirica; S. 13 oben eisfeld engel Architekten BDA, unten empirica; S. 14 oben empirica, mitte empirica, unten Stadtverwaltung Bad Belzig; S. 15 bauchplan).(, Davidriek; S. 16 Schafgans DGPh; S. 21 Architekten LSM; S. 22 eisfeld engel Architekten BDA; S. 23 Dieter Korte; S. 24 Lena Reichhhart; S. 26 VITAMINOFFICE ARCHITEKTEN BDA, Bastam Enenkel Partnerschaft mbB; S. 27 empirica; S. 29 Bernd Müller; S. 30 Irene Bry; S. 31 architekten schäfer krause schulz, Hannover; S. 32 Monika Müller-Gmelin, Stadt Karlsruhe; S. 33 Bernd Franke; S. 34 empirica; S. 36 Bernd Müller; S. 37 empirica; S. 38 oben SEG Gelsenkirchen, unten: Gerd Kaemper; S. 39 WES LandschaftsArchitektur; S. 40 K. Wrede _ Leitmecke 2020; S. 41 empirica; S. 42 J. Zimmermann, VGV Unkel; S. 44 Stadtverwaltung Bad Belzig; S. 46 FIPP e.V.; S. 47 Stadt Büdingen; S. 48 FeuerQuell Fotografie; S. 49 iproplan® Planungsgesellschaft mbH; S. 50 Alexander Poetsch Architekten, Dresden; S. 51 Guido Erbring, Architekturfotograf Köln; S. 52 Stadt Freudenberg; S. 53 Stadt Germering; S. 54 Lisa Lowitsch-Gramse/ Stiftung Ros; S. 55 bauchplan).(, Davidriek; S. 56 Stadtarchiv Ulm; S. 57 empirica

Bestellmöglichkeit
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Servicetelefon: 030 18 272 2721
Servicefax: 030 1810 272 2721
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Artikelnummer: BMI21025
Bestellung über das Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
Online-Bestellung: www.bundesregierung.de/publikationen

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter: www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.